

Streiflichter

Der Eindruck des Wahlergebnisses in Sachsen ist im Reichstag außerordentlich groß. Die Regierung ist der Ansicht, daß der Reichstag aus den sächsischen Wahlen die Lehre ziehen müsse, eine Verabschiedung der Deckungsunterlagen der Regierung müsse möglichst bald und unter Vermeidung einer Reichstagsauflösung erfolgen. Ein anderes Verhalten würde nach Ansicht maßgeblicher Regierungskreise nur neues Wasser auf die Mühlen der Nationalsozialisten und Kommunisten leiten.

Was sagt man in Sachsen zum Wahlergebnis und zur kommenden Regierungsbildung?

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: Der blasse Reich kann nicht bestreiten, daß die Nationalsozialisten bei der Wahl, rein zahlenmäßig betrachtet, ein glänzendes Geschäft gemacht haben. Leider haben sie es nicht auf Kosten des Marxismus gemacht, den zu bekämpfen sie angeblich ausgezogen waren, sondern ausschließlich — ganz ausschließlich — auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die beiden großen Lager, das marxistische und das bürgerliche, sind in ihrem Bestand ziemlich unverändert geblieben, nur innerhalb der Lager selbst haben sich Verschiebungen vollzogen, bei denen haben wie drüber der Zug zum Radikalismus unverkennbar ist. Wenn die bürgerlichen Parteien eines zu vermeiden haben, so ist es der alte Fehler: die „Reichsdeutschen“ Nationalsozialisten vor der Verantwortung bewahren zu wollen, die der Sieg über die bürgerlichen Parteien ihnen zuweist. Sie, die sich bisher nur als Gegenbewegung stark gezeigt haben, werden uns nun zu zeigen haben, wie man aus neun verschiedenen, je zwei bis vierhundert Mann starken Gruppen eine tragfähige Regierungsmehrheit bildet. Und wenn ihre wilden Männer, wie sie das von Zeit zu Zeit lieben, uns damit drohen sollten, sie, die als Marxistenkinder ausgezogen waren, könnten zur Not auch mit den Nazis zusammengehen, so soll das Bürgertum sich dadurch nur nicht blaffen lassen. Die Hörner muß sich jeder ablaufen, der von der Opposition zur Regierung übergeht. Das Geschäft der Regierungsbildung ist eine gute Gelegenheit dazu. Mit Geduld wird man sich im Lande Sachsen wappnen müssen, mit ungewöhnlich viel Geduld sogar.

Die „Dresdener Nachrichten“ schreiben resigniert: Die Schwierigkeiten, die jeder rein bürgerlichen Lösung entgegenstehen, sind nicht zu verkennen. Sie bestehen vor allem in der starken Entfremdung, die zwischen den linken Flügelgruppen des Bürgerturns und den Nationalsozialisten infolge des erbitterten Wahlkampfes eingetreten ist. Ob sie sich überwinden lassen und welches das endgültige Ergebnis sein wird, das sind die schwierigsten Fragen der Zukunft. Bis eine neue sächsische Regierung zustande kommt, wird jedenfalls noch viel Wasser die Elbe hinunterfließen.

Auch der „Dresdener Anzeiger“ sieht erklärlicherweise keinen Ausweg. Die Parteienrhythmetik verlagert; sie muß auch im neuen Landtag verlagern.

Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Für die gesamte deutsche Politik gibt es daraus nur eine Folgerung: Weg mit den Länderparlamenten! Weg mit diesem zum Unfahnen gewordenen Parlamentarismus! Weg mit dieser in immer kürzeren Abständen erneuten Volksverhöhnung, die Kostenvergehung für ein Parlament, das sich dauernd als unfähig erweist, eine Regierung zu bilden!“

Die demokratischen „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“: „Die einzige, wirklich sichere Regierungsbildung ist nur auf der Basis der Großen Koalition und zwar der durch die Wirtschaftspartei erweiterten, möglich. Die anderen Möglichkeiten einer sogenannten bürgerlichen Koalition wäre — da die Demokraten inhaltlich nicht mit den Nationalsozialisten an einem Strang ziehen würden, diese Koalition also auf die Gutmütigkeit der Demokraten und der Nationalsozialisten angewiesen wäre — weiter nichts wie ein Fortwärteln wie bisher von einem Tage zum anderen. Demnach kann man ruhig sagen, daß durch die neue Landtagswahl die politische Lage in Sachsen nur noch verworrenere geworden ist.“

Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“: „Eine Große Koalition zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei ist rein zahlenmäßig unmöglich. Auch die Kombination einer rein sozialistischen Regierung ist hinsichtlich der Sozialdemokraten und Kommunisten ebenfalls nicht die Mehrheit haben. Ob die Nationalsozialisten ein bürgerliches Kabinett unterstützen werden, ist abzumachen. Ebenso nichtern beweist übrigens auch die „Leipziger Volkszeitung“ die Sachlage.“

Der kommunistische „Kämpfer“ glaubt wegen des einen Mandatsgewinns der SPD, trotzdem zu können: „Das sächsische Wahlergebnis ist der erste große Stoß, den die SPD erhalten hat.“

Und was meint Hitler im „Völkischen Beobachter“? Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei sei heute die stärkste nicht-marxistische Partei, und ihre Parole werde weiter lauten: Gegen Marxismus und bürgerliche Reaktion! Von dieser Grundhaltung aus werde der Vormarsch angetreten und die Eroberung des Reiches verwirklicht werden. „Nun sind die Wapern an der Reihe“, so heißt es weiter. „Die strategische Aufgabe der längst fälligen bayrischen Landtagswahlen wird es sein, der braunen Armee in ihrem Vormarsch nach Norden den Rücken zu decken. Wird die Deutsche Volkspartei sich nun entscheiden, ob sie von den Schimpfereien des Konfessur Kardorff abrückt und sich hinter Freids Politik stellt? Von der Beantwortung dieser Frage wird ihr Schicksal abhängen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei wird die Führung der Regierung und vor allem das Innenministerium beanspruchen. Sachsen ist das zweite Land, das jetzt nach Thüringen unter nationalsozialistischen Einfluß kommt.“

Die Reichspolitik erfordert nun volle Beachtung, denn die Finanzfragen und die Befehung des Reichsfinanzministeriums stehen zur Entscheidung. „In höchster Not!“ überschreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ihren Leitartikel und ruft zum Schluß: „Herr Reichsminister, handeln Sie!“ Es wird dabei u. a. ausgeführt:

„Wir glauben, daß sich das Reich in höchster Not befindet. Immer noch ist es jedoch möglich, einer Katastrophe mit normalen Mitteln vorzubeugen. Die Stellung der Regierung gegenüber den Parteien ist durch die Sachsen-Wahlen gefährdet. Wenn jemals, so scheint jetzt der psychologische Augenblick gegeben, um im Rahmen eines umfassenden Programms zur Neuordnung der öffentlichen Wirtschaft zu schreiten. Es kommt zunächst darauf an, den festen Glauben wiederherzustellen, daß alle Maßregeln, die in Angriff genommen werden, nur dem einen Ziele dienen und dazu geeignet sind, nicht nur Ordnung in den Reichsfinanzen zu schaffen, sondern die Wirtschaft im ganzen zu stabilisieren, zu beruhigen und ihr einen neuen Auftrieb zu geben. Wir sind nicht Freunde allzu schematischer Eingriffe. Wie aber die Dinge heute liegen und wie gerade auch das Schicksal des Reichsfinanzministers Dr. Molkenbauer beweist, wird es kaum zu vermeiden sein, daß die Regierung nach brutalen und einschneidenden Richtlinien verfährt. Sie könnte eine schematische Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Preise um 10 Prozent in Angriff nehmen, den Reichshaushalt einschließlich der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden, ebenfalls um 5 bis 10 Prozent kürzen und behielte dann immer noch die Möglichkeit einer eventuellen Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer sowie der Umsatzsteuer. Kein Zweifel, daß ein solches Programm die schwerste Operation sein würde, daß gegen jeden einzelnen Punkt berechnete und unbedachte Einwände sonder Zahl einlaufen könnten. Es wäre natürlich mit einem großen und umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verbinden, das die Sicherheit jäh, daß die Zahl der Arbeitslosen fühlbar gesenkt wird. Was den Etat der Reichsministerien betrifft, so würden unter diese Kürzung auch Ausgaben fallen, die uns selbst ungeheuer wertvoll sind. Wir denken, um ein Beispiel zu nennen, an den Wehretat. Wir glauben nicht, daß die Parlamentarier und ihre Ausschüsse die Detailarbeit der Streichung im Haushalt der Ministerien selbst vornehmen sollten. Die Minister wären zu beauftragen, die notwendige Summe in ihrem Ressort persönlich zu streichen. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein solcher Plan im Volk wenn nicht Billigung, so doch Verständnis finden würde. Ein hervorragender Wirtschaftskenner wies vor kurzem auf die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland hin und formulierte seine Gedanken folgendermaßen: „Dasjenige Volk, das zuerst in der Lage ist, die Spanne zwischen Rohstoffpreisen und Fertigwarenproduktion über Gehälter und Löhne erträglich zu machen, wird das Rennen gewinnen. Die Reallohne würden bei dieser Operation in Wirklichkeit nicht sinken, und es wäre durch eine einmalige, große, alle Schichten und Teile des Volkes umfassende Anstrengung möglich, zu einem geordneten Haushalt, aber auch zu einer Neuordnung der gesamten Wirtschaft zu gelangen, die wieder die Aussicht auf Prosperität eröffnete.“

Europa und China

Von Gilbert C. Payton

Zwei ein Viertel der gesamten Menschheit lebt in dem einen Lande China. Selbst eine noch so kleine Besserung der wirtschaftlichen Lage des großen Reiches, eine geringfügige Reform, eine kleine Steigerung seines Handels, muß sich nicht nur auf China allein, sondern auf die ganze übrige Erde auswirken. In England wird ja oft gesagt, wenn die Chinesen ihre Hosen fünf Zentimeter länger tragen wollten, würde die Krise in der britischen Baumwollindustrie mit einem Schlage behoben sein. Angesichts dessen, daß eine derartig geringe Veränderung so große Folgen außerhalb des Landes haben kann, sollte der wirtschaftliche Wiederaufbau Chinas die ganze Welt interessieren.

Der Gang der Ereignisse im Fernen Osten muß den außenstehenden Beobachter verwirren. Doch aus dem ganzen Wust der Nachrichten von Siegen und Gegenliegen und der das Durcheinander noch verstärkenden Proklamationen der einen und der anderen Seite hebt sich ein ausgesprochenes Ziel hervor. Unter allen revolutionären Ereignissen der letzten Zeit verdirbt sich eine Tatsache, die nicht oft genug betont werden kann. Der bisherige Kampf war im großen und ganzen ein Ringen zwischen dem alten Soldatenstand auf der einen und dem Kaufmannsstand auf der anderen Seite. Der Sieg der Nationalisten ist gleichbedeutend mit dem des Handels. Um mit den Worten europäischer Geschichtsschreiber zu sprechen: Die chinesische Revolution war der Triumph des liberalen, Handel treibenden Bürgertums über die alte Aristokratie. In Europa hat — soweit man hier einen Vergleich aufstellen kann — die entsprechende Bewegung zur Vermehrung des Wohlstandes und zu jener konstitutionellen Freiheit geführt, die das neunzehnte Jahrhundert kennzeichnete. Möglich, daß China vor der gleichen Entwicklung steht.

Eine andere bemerkenswerte Tatsache der chinesischen Geschichte der letzten zwei oder drei Jahre ist die augenblicklich unternommene große Finanzreform, die der Initiative und Tatkraft des jungen Finanzministers T. B. Soong zugeschrieben werden muß. Hier einige Gesichtspunkte, die für diese Reform richtunggebend sind. Man beabsichtigt die Ausbalanzierung des Staatshaushaltes zur ersten Pflicht des Finanzministers zu machen. Bisher bestand die Aufgabe dieses Kabinettsmitgliedes lediglich darin, Geld aufzutreiben. Auf die Verwendung der Summen hatte es nicht den geringsten Einfluß. Jetzt soll der Finanzminister auch über die Ausgaben zu bestimmen haben. Wir können dies als den ersten Schritt auf dem Wege zu einer vernünftigen staatlichen Finanzwirtschaft bezeichnen. Halten wir uns vor Augen, daß früher der größte Teil des Staatseinkommens für militärische Zwecke verbraucht wurde. Wir

werden dann ohne weiteres zugeben müssen, daß die Kontrolle der Staatsausgaben durch einen Finanzminister, der für eine zweckmäßige Verwendung des Steueraufkommens sorgen will, nicht nur in Beziehung auf die Reform der Staatsfinanzen, sondern auch in Hinsicht auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas ein großer Fortschritt genannt werden kann.

Außerdem hat die Regierung beschlossen, zur Befreiung der Verwaltungsausgaben keine neuen Anleihen mehr aufzunehmen, sondern sich ganz auf das Steueraufkommen zu verlassen. Wenn die Regierung wirklich wirtschaftlich heranzieht, so soll dieses nur zu produktiven Zwecken Verwendung finden, so zum Straßen- und Bahnbau, für Hafenanlagen usw. Auf keinen Fall aber will das Kabinett Anleihen aufnehmen, solange nicht besondere Steuerquellen vorhanden sind, aus denen die Lasten für den Zinsendienst bestritten werden können. Die Regierung hat den festen Willen, ihren Verpflichtungen ausländischen Geldgebern gegenüber voll nachzukommen, und bemüht sich deshalb, alle verfügbaren Staatseinkommensquellen zu stärkerem Fließen zu bringen, um die Rückstände im Anleiheendienst bezahlen zu können. Wie weit ihr dies gelingen wird, ist freilich eine andere Frage. Zweifellos bedarf es dazu manches Revalorisationsprozesses. Doch im Vergleich zu den Ausfällen, wie sie vor ein paar Jahren noch bestanden, werden diese Bestrebungen der Regierung dazu angetan sein, das Vertrauen des Auslandes zu China langsam wieder herzustellen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß es Minister Soong schon gelang, einige Rückstände der Salzsteueranleihe zu bezahlen. Die Schaffung einer Zentralbank und einer Landwirtschaftsbank sind zwei weitere bedeutsame Punkte im Finanzprogramm der Regierung.

Hierbei darf aber nicht übersehen werden, wie grundlich die chinesische Revolution gewesen ist. Bauer und Handwerker Kaufmann und Diplomat sind sich in einem Punkte einig: Die Vorherrschaft des Westens über das Wirtschaftsleben Chinas, die so lange gedauert hat, muß aufhören. Der Chinese will Herr sein in seinem eigenen Hause. Wie überzeugend auch die Argumente sein mögen, die von Europäern vorgebracht werden, um das Verderbliche einer solchen Politik zu beweisen, so kann doch der Weiße den Jäger der Zeit nicht zurückziehen. Auch Europa hat ja seine Ansichten geändert und eine Verschiebung seines wirtschaftlichen Gleichgewichts erlebt. Im Osten — nicht in China allein — haben die Erschütterungen des Weltkrieges und seine wirtschaftlichen und politischen Folgen ein neues Blatt im Buche der Geschichte aufgeschlagen. Manchem ist diese Veränderung zu rasch gekommen, um sie verstehen zu können. Andere sind sich der Bedeutung der neuen Lage voll bewußt. Denjenigen, welche die Reichweite und die Möglichkeiten der nationalsozialistischen Bewegung in China erkennen, bietet sich die Gelegenheit, sich am Aufbau des neuen Wirtschaftssystems zu beteiligen. Letzten Endes müssen ja trotz der zwischen den einzelnen Staaten bestehenden Abneigungen alle Lebensbedürfnisse eines Volkes befriedigt werden und deren gibt es in dem dichtbesiedelten China eine große Menge. Es müssen schon eigenartige Kaufleute sein, die den Bedarf Chinas nicht decken können, nur weil die gleichen Artikel in anderen Packungen verlangt werden.

Keinwegs ist bessere Gelegenheit zur Erkenntnis der neuen Lage gegeben als auf finanziellem Gebiet. Trotz Revolution und Krieg besitzt China arbeitssame Einwohner und große Bodenteichümer. Doch in finanzieller Beziehung herrscht größte Not. Hier kann der Europäer am besten helfend eingreifen. Alle finanziellen Mittel werden angewandt, um die einheimische chinesische Industrie produktiv zu gestalten und den internationalen Handel zu beleben. Anleihen, kurz- und langfristige Kredite, Investitionen, Erleichterungen auf banktechnischem Gebiet, alles kann dazu beitragen, um dem europäischen Markt zu erschließen und die Entwicklung des Landes zu fördern.

Der chinesische Markt ist in mancher Beziehung anders geartet als die übrigen. Für Finanzmänner und für Kaufleute die auf finanzielle Unterstützung rechnen können, lohnt es sich schon, ihn näher zu studieren. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist China am Wendepunkt angelangt und im wirtschaftlichen Aufstieg begriffen. Der europäische Handel wird, wenn er sich den besonderen Umständen anpaßt, im erwachenden Fernen Osten ein dankbares Arbeitsfeld finden.

1000-Jahrfeier in Island

Die Wikinger-Insel einst und heute

Island, die alte Sageninsel, von der man eigentlich nur weiß, daß dort Tiefdruckgebiete entstehen, war bis vor kurzem ein Land ohne Städte. Das moderne Island dagegen steht vor einem Stadtproblem, das für die Verhältnisse in diesem Lande überaus charakteristisch ist.

Der Gegensatz zwischen Land und Stadt ist das Hauptproblem der isländischen Politik. Die soziale Umwälzung der letzten Zeit spiegelt sich am deutlichsten in den statistischen Zahlen ab. Im Jahre 1800 besaß Island keine Stadt außer Reykjavik — wenn man die damals kleine Strandniedlung mit einer Handvoll Kaufleute und Beamte dieser Bezeichnung wärtigen kann. Heute lebt die Hälfte der isländischen Bevölkerung in Städten. Die Urbarmachung Islands begann in den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts, unmittelbar nach der Aufhebung des dänischen Handelsmonopols. Die Industrialisierung der Fischerei



ient diese Entwicklung fort. Der um seine alte ländliche Kultur...

Islands Bevölkerung befindet sich im steten Wachsen. Im Jahre 1890 betrug die Bevölkerungszahl 70 000, heute hat sie die 100 000-Grenze bereits überschritten.

Das Uebergewicht der Städte drückt sich nur in Zahlen aus. Die Reeres-Reichthümer werden von der industrialisierten Fischerei...

Von weitem, d. h. vom Schiff aus gesehen, ist die isländische Küste immer noch das alte Sagenland, wie man es sich vorstellt.

Obwohl die isländischen Städte kein Proletariat im eigenen Sinne haben, machen manche Stadtteile einen ausgesprochenen proletarischen Eindruck.

Ein typisches Gesicht zeigt die Fischereiflora, die an eine abenteuerliche Goldgräbergesellschaft von Klondike erinnert.

In diesen Tagen hat die Insel anlässlich ihrer 1000-Jahrfeier vorläufig alle Sorgen vergessen. Es gilt jetzt, Touristen heranzulocken und das Land dem Touristenverkehr zu erschließen.

Reichstagung der Zigarrenladeninhaber

Stuttgart, 24. Juni. Zurzeit tosen in Stuttgart die deutschen Zigarrenladeninhaber. Die geschäftlichen Verhandlungen wurden am Montag vormittags eröffnet.

bucht werden, daß der im vorigen Jahr verbaute Weg des Verbandes zwischen Industrie und Handel wieder freigelegt wurde.

Fischereitagung

Am 23. Juni. Der Einladung zur Jahreshauptversammlung des Landesfischereivereins, verbunden mit der Feier des 50-jährigen Bestehens des Besitzfischereivereins Ulm, hatten eine stattliche Anzahl Delegierte aus allen Gauen...

Fürsorge für Strafgefangene

Stuttgart, 23. Juni. Gelegentlich des Fürsorgekongresses, der anlässlich der Hundertjahrfeier des Württ. Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene vom 25. bis 27. Juni d. J. in Stuttgart tagen wird, wird auch der Deutsche Reichsverband für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge eine Sonderkongression abhalten.

Tagung des Vereins Württ. Förster

Stuttgart, 24. Juni. Am Samstag und Sonntag hielt der Verein Württ. Förster hier seine Hauptversammlung ab. Der erste Tag galt der Feier des 50-jährigen Bestehens des Vereins und der Besichtigung der „Lehrschau Holz“.

Siebenjhläfer

Der gefährliche 27. Juni

Diesem Siebenjhläfer haben wir diesmal nicht mit Sorge entgegen wie in anderen Jahren. Die langanhaltende Hitze, die mit ihr verbundene Trockenheit, haben in uns die Sehnsucht nach Regen, nach Feuchtigkeit, nach Kühle, so stark wachsen lassen, daß uns selbst die Prognose von sieben Wochen lang andauerndem schlechten Wetter nicht erschrecken kann.

Um die Siebenjhläfer hat der fromme Glaube mancherlei Sagen gebildet. Die ausführliche Beschreibung stammt von dem Bischof Max Jakob von Sarag in Neapoleonien aus dem Jahre 1519.

Im 38. Jahre der Regierung des Theodosius des Zweiten (446) erhoben sich Ketzer in Ephesus und leugneten die Auferstehung Christi. Zu jener Zeit nun wollte ein gewisser Adolus einen Stall am Anhilusberge bauen und nahm die Steine von der Mauer dazu.

Noch heute heißt eine Höhle auf dem Berg Pion, östlich vom Gebirge, die 100 Schritte lang und 40 breit ist, die Siebenjhläferhöhle. Doch welche geschichtlichen Tatsachen vielleicht der Legende zugrundeliegen, konnte nicht mehr ermittelt werden.

Der Ursprung des Glaubens, daß es sieben Wochen regnen muß, wenn es am Siebenjhläfer regnet, ist wohl auf den „alten Kalender“ zurückzuführen, den der Bamberger Abt Mauritianus Krauer 1657 fertigestellt hat.

Buntes Allerlei

Der heilige Januarius hat sich gedreht

Große Aufregung herrschte kürzlich unter der Bevölkerung einer Vorstadt von Neapel. Auf einem Platz steht dort ein bereits im Jahre 1631 errichtetes Steinernes Standbild des heiligen Januarius, der sich in der süditalienischen Hafenstadt besonderer Verehrung erfreut.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer. auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“

